

Chronologie der "Machtergreifung" der Nationalsozialisten in Hessen

Die nachfolgende Aufstellung von Ereignissen dokumentiert die extrem schnelle Übernahme der staatlichen Macht durch die Nationalsozialisten in Hessen.

Die einzelnen Abschnitte sind Auszüge aus der [Datenbank zu Jahres- und Gedenktagen](#) auf dem Bildungsserver Hessen, die zu dem Thema zusammengefasst wurden.

Der Landesregierung in Darmstadt wird die Polizeigewalt entzogen - 06.03.1933

Der Landesregierung in Darmstadt wird von Reichsinnenminister Wilhelm Frick (NSDAP) auf der Basis der nach dem Reichstagsbrand als Instrument der NS-Willkürherrschaft erlassenen "Verordnung zum Schutz von Volk und Staat" die Polizeigewalt entzogen und auf den NSDAP-Landtagsabgeordneten Heinrich Müller als Reichskommissar übertragen.

"Gleichschaltung" der Gemeindeverwaltungen - 12.03.1933

In Preußen, wo die Nationalsozialisten zugleich mit der Reichsregierung seit 30. Januar die Macht übernommen haben, finden für die am 04. Februar suspendierten Kommunalparlamente Neuwahlen statt. Die von SA-Terror beeinflussten „Wahlen“ verhelfen der NSDAP in den meisten Städten der Provinz Hessen-Nassau, allein oder mit Unterstützung der Deutschnationalen, zur Mehrheit. Schon vorher haben die Nazis - ebenso im Volksstaat Hessen - die gewaltsame Inbesitznahme von Rathäusern und Behörden inszeniert; nach der Wahl setzen sich Ausschreitungen und Verhaftungen fort. In Darmstadt erlässt am 20.03. die seit 06./13.03. nationalsozialistische Landesregierung des Volksstaats zur Gleichschaltung eine „Verordnung zur Sicherung der Verwaltung in den Gemeinden“ - danach können Bürgermeister und Beigeordnete zur „Aufrechterhaltung der Ordnung“ durch Ministerialverfügung fristlos entlassen und ersetzt werden.

NSDAP und Zentrum wählen hessischen Staatspräsidenten - 13.03.1933

Nachdem die geschäftsführende Landesregierung des Volksstaats Hessen am 06. März durch einen NS-Reichskommissar entmachtet worden ist und die Hakenkreuzfahne schon auf dem Staatsministerium weht, wird im hessischen Landtag der NSDAP-Mann und bisherige Landtagspräsident Ferdinand Werner von NSDAP und Zentrum zum neuen Staatspräsidenten gewählt. Bernhard Adelong (SPD), bisher geschäftsführender Regierungschef, der als Kandidat 15 Stimmen der SPD erhält, hat vor dem Coup resigniert; er enthält sich der Stimme und räumt - angesichts der Auflösung der rechtsstaatlichen Ordnung - das politische Feld. Der Landtag bestätigt außerdem den NS-Reichskommissar Heinrich Müller als Innen-, Justiz- und Finanzminister und beschließt ein erstes „Ermächtigungsgesetz“, mit dem die neue Regierung „in Hinblick auf die Not von Volk und Land“ alle Maßnahmen treffen kann, die sie „für erforderlich und dringend erachtet“ - es ist der Freibrief zur „Gleichschaltung“ in Hessen.

Selbstaufgabe des Reichstags - 23.03.1933

Selbstaufgabe des Reichstags - gegen die Stimmen der SPD - durch das "Ermächtigungsgesetz" (Reichsgesetz "zur Behebung der Not von Volk und Reich"): Die

gesamte Staatsgewalt wird der nationalsozialistischen Regierung überantwortet, ihr damit die Möglichkeit gegeben, die Entwicklung zum Führerstaat zu beschleunigen und unter legalem Anschein eine totalitäre Diktatur zu errichten. Durch das Ermächtigungsgesetz, das die Weimarer Verfassung überlagert, wird die Gewaltenteilung außer Kraft gesetzt, mit ihm geht auch der Föderalismus nieder, da die Reichsregierung auch Verfassungsgesetze erlassen und die Länder faktisch zu Reichsbezirken degradieren kann.

NS-Horden erstürmen Kasseler Rathaus - 24.03.1933

In Kassel wird das Rathaus von NS-Horden gestürmt, SA hält die Eingänge besetzt; in "Verhandlungen" unter Führung des NSDAP-Fraktionsvorsitzenden in der Stadtverordnetenversammlung und Landtagsabgeordneten Roland Freisler (später Präsident des "Volksgerichtshofs") wird der 1925 von einer bürgerlichen Mehrheit gewählte Oberbürgermeister Herbert Stadler kurzerhand abgesetzt, politische Gegner der Nazis werden aus den Amtsräumen geholt, geprügelt und gefoltert. - Ähnlich ergeht es den Stadtoberhäuptern weiterer Städte in Hessen-Nassau, auch die meisten Landräte der preußischen Provinz verlieren ihre Ämter und werden durch willfährige Nachfolger ersetzt.

Kasseler jüdischer Rechtsanwalt wird von Nazis misshandelt - 24.03.1933

Max Plaut, Rechtsanwalt jüdischer Herkunft - schon länger im Visier der Nazis, wird in Kassel von der SA aus seiner Kanzlei verschleppt, im Folterkeller eines SA-Lokals nahe dem Rathaus mit Gummiknüppeln misshandelt - so schwer, dass er am 31.03. verstirbt. - Seit Frühjahr 1933 sind deutsche Juden dem Terror der Nazis massiv und offen ausgesetzt.

Auflösung des Landtages in Darmstadt - 31.03.1933

Nach dem Reichsgesetz zur „Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ wird in Darmstadt der Landtag aufgelöst. Neue Abgeordnete werden nach dem Stimmenverhältnis der bereits von politischer Behinderung und Einschüchterung geprägten Reichstagswahl vom 05. März ernannt. - Für die Parteien der letzten demokratischen Regierungskoalition des Volksstaats Hessen aus SPD und Zentrum unter Staatspräsident Bernhard Adelung (SPD), die seit 1931 - geschäftsführend - ohne parlamentarische Mehrheit war, stimmte am 05.03. nurmehr gut ein Drittel der Wähler (35,3 Prozent), die NSDAP erhielt einen gesteigerten Stimmenanteil von 47,4 Prozent. Dem Reichstagswahlergebnis entsprechend - dieses unrechtmäßig ausgeweitet - werden auch die Verhältnisse im Volksstaat Hessen mit Gewalt und Manipulation im NS-Sinn umgedreht, überall rücken Nationalsozialisten in die Machtpositionen und -funktionen ein, zahlreiche politische Gegner - insbesondere von links - und Juden kommen rechtswidrig in Haft. Seit 06./13.03. ist die Landesregierung nationalsozialistisch; seit 20.03. können Bürgermeister und Beigeordnete fristlos entlassen werden, zum Beispiel in Darmstadt am 30.03. Oberbürgermeister Rudolf Mueller (DDP bzw. Staatspartei) und sein bereits verhafteter Stellvertreter Heinrich Delp (SPD); am 31.03. dann der Landtag zum Zweck der Gleichschaltung aufgelöst. Analog zum Landtag, mittels Gleichschaltungsverordnung vom 06. April, werden auch die Stadt- und Gemeinderäte nach dem Ergebnis der Reichstagswahl, oder wie immer es den Nazis passt, umgebildet. - Mit Druck, Terror, Repression - gesteuert als „brauner“ Sturm sowie auch in pseudolegaler Form - sind die Nationalsozialisten im Volksstaat Hessen, parallel zu anderen Ländern des Reichs, binnen weniger Tage und Wochen zur Macht gekommen. Der Amtsantritt der Reichsregierung unter Hitler liegt gerade zwei Monate zurück.

Schließung der "Akademie der Arbeit" in Frankfurt - 31.03.1933

Die 1921 in Frankfurt von der preußischen Regierung und den Gewerkschaften als Bildungsstätte für die neue Demokratie gegründete „Akademie der Arbeit in der Universität“, die Gewerkschaftern, Arbeitern und Angestellten ohne formale Voraussetzung Weiterbildung vermittelt, wird durch SA und Kripo gewaltsam geschlossen.

SA-Terror - 01.04.1933

Wie überall im deutschen Reich, ziehen in den hessischen Städten SA-Posten mit Boykottschildern vor jüdischen Geschäften sowie Praxen und Kanzleien jüdischer Ärzte und Rechtsanwälte auf; die Schaufenster von jüdischen Läden werden mit Hetzparolen beschmiert. Zahlreiche Willkürakte und brutale Gewalt der Nazis gegen Juden im März haben den Boykott und Pogrom vorbereitet; schon in den Jahren vorher hatten Nazis mehrfach Übergriffe auf Juden inszeniert. - Der NS-Staat, zentral organisierend "von oben", und Aktivisten "von unten" zielen von Anbeginn auf Vertreibung der deutschen Juden - der 01. April 1933 hat es hessenweit und in ganz Deutschland öffentlich gemacht.

"Gleichschaltung" des öffentlichen Dienstes durch Nazis - 07.04.1933

Mit dem Reichsgesetz zur "Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" beginnt eine Welle von Entlassungen in Behörden und Gerichten, Schulen und Hochschulen - das Gesetz dient zur "Gleichschaltung" des öffentlichen Dienstes und der Entlassung von Gegnern des NS-Regimes, davon betroffen sind auch alle Beamten und Angestellten jüdischen Glaubens. Der enthaltene "Arierparagraph" (§ 3) verbietet die Beschäftigung von "Nichtariern" im öffentlichen Dienst, die in den sofortigen Ruhestand zu versetzen sind. Das Gesetz gilt auch für die Länder und Kommunen. - Die "Säuberung" beschränkt sich nicht auf die Staatsverwaltung; Gleichschaltung, Anpassung und Unterwerfung werden rasch auf alle Bereiche des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens ausgedehnt; Organisationen, Verbände, Vereine übernehmen den "Arierparagraphen", jüdische Bürger werden aus allen beruflichen und gesellschaftlichen Bereichen verdrängt.

Besetzung von Gewerkschaftshäusern durch die SA - 02.05.1933

Bei der reichsweiten Besetzung von Gewerkschaftshäusern durch die SA werden, wie überall, auch in Hessen zahlreiche Gewerkschafter verhaftet. Nachdem es bereits nach der Reichstagswahl im März Gewaltaktionen von SA-Trupps gegen Gewerkschaftseinrichtungen gegeben hatte, der 01. Mai als neuer Feiertag jedoch noch unter Beteiligung der Gewerkschaften begangen wurde, beginnt tags darauf deren Gleichschaltung und Zerschlagung; die Gewerkschaftshäuser und weiteres Vermögen werden von der neu gebildeten nationalsozialistischen "Deutschen Arbeitsfront" übernommen. Der Offenbacher Gewerkschafter Georg Kaul scheidet noch am 02. Mai aus Verzweiflung über die politische Entwicklung aus dem Leben, der jüdische Gewerkschafter Max Czempin vom Verband graphischer Hilfsarbeiter in Frankfurt, versteckt sich in einem Hotel und begeht am 04.05. Selbstmord; in Berlin wird am 02. Mai auch Wilhelm Leuschner, stellvertretender Vorsitzender der sozialistischen Gewerkschaften und bis 06. März 1933 hessischer Innenminister, mit weiteren Gewerkschaftsführern festgenommen, verhört und misshandelt.

NSDAP-Gauleiter Jakob Sprenger wird Reichsstatthalter in Hessen - 05.05.1933

NSDAP-Gauleiter Jakob Sprenger wird "Reichsstatthalter" von Hessen - gemäß zweitem Gesetz zur "Gleichschaltung der Länder" vom 07.04.1933, um die Einhaltung der "vom Reichskanzler aufgestellten Richtlinien der Politik" sicherzustellen. Fortan bestimmt in Hessen der Führungskader der NS-Partei über Politik und Personal: Am 15. Mai beseitigt der Reichsstatthalter die Kollegialstruktur der seit März nationalsozialistischen Landesregierung in Darmstadt; die Ministerien werden zu Verwaltungsabteilungen umgewandelt, neben Ministerpräsident Ferdinand Werner (NSDAP) gibt es nur noch einen Staatssekretär des Gesamtministeriums. Reichsstatthalter für Preußen (mit Provinz Hessen-Nassau) ist Hitler selbst; die Befugnisse werden auf Ministerpräsident Hermann Göring (NSDAP) übertragen

Selbstaufgabe des hessischen Landtags - 16.05.1933

Der nach dem (ersten) NS-Gleichschaltungsgesetz umgebildete Landtag in Darmstadt beschließt in seiner einzigen Sitzung ein weiteres hessisches Ermächtigungsgesetz; es überträgt die Gesetzgebungskompetenz auf den Ministerpräsidenten. Der Ministerpräsident kann danach ohne Zustimmung des Parlaments Landesgesetze erlassen, die im Bedarfsfall von der Verfassung abweichen können.

Bücherverbrennungen in Hessen - 19.05.1933

30.000 Schaulustige verfolgen auf dem nächtlichen Friedrichsplatz in Kassel die Verbrennung der vom NS-Studentenbund in den Kasseler Leihbüchereien als "Schund und Schmutz" aussortierten Bücher missliebiger und verfemter Autoren - von Heinrich Heine bis Erich Kästner. Am 22.05. werden in Offenbach als Höhepunkt einer Wagner-Feier "undeutsche Bücher" auf dem Scheiterhaufen verbrannt - Romane, Gedichte, Politisches und Philosophisches; 4.000 Menschen jubeln begeistert dazu. In Darmstadt brennen, wie auch in Essen und Weimar, noch zur Sommersonnenwendfeier am 21. Juni die Bücher; laut Presseberichten wurde bei "Säuberung" der Stadtbücherei "restlos ausgemerzt": Literatur von Lion Feuchtwanger, Heinrich Mann, Ernst Toller, Arnold Zweig, Alfred Kerr.

Kloster Breitenau wird Konzentrationslager - 16.06.1933

Das frühere Kloster Breitenau in Nordhessen wird "Konzentrationslager für Schutzhäftlinge" im Regierungsbezirk Kassel, nachdem das bereits im März eingerichtete "Schutzhäftlager" auf dem Gelände der ehemaligen Papierfabrik in Osthofen bei Worms am 01. Mai zum Konzentrationslager für den Volksstaat Hessen erklärt worden ist? vgl. Anna Seghers Roman "Das siebte Kreuz". Beide "frühen" Konzentrationslager nehmen willkürlich inhaftierte, dem NS-Regime missliebige Personen und politische Gegner auf - zur Erniedrigung, Misshandlung, Einschüchterung. Auch in Darmstadt, Frankfurt, Kassel werden SA-Haft- und -Folterquartiere eingerichtet.

Wilhelm Leuschner wird verhaftet - 23.06.1933

Wilhelm Leuschner, bis 06. März hessischer Innenminister (SPD), wird in Freiburg wegen "volks- und vaterlandsschädigenden Verhaltens" verhaftet. Er befindet sich auf der Rückkehr von der Jahrestagung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) des Völkerbunds in Genf, wo er, der als Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds (ADGB) das deutsche Arbeitnehmermandat im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts in Genf innehatte, sich dem Druck der Nazis entzog, an seiner

Statt den Alt-Nazi Robert Ley, Führer der NS-Zwangsorganisation "Deutsche Arbeitsfront", auf der internationalen Bühne zu legitimieren. Er kehrt trotz der Gefährdung nach Deutschland zurück und bleibt als "Schutzhäftling" bis 10. Juni 1934 in Zuchthaus- und KZ-Haft.